



taz.die tageszeitung vom 12.09.2020, Seite 6 / Aktuelles

## Altmaier will Klima-Konsens

Wirtschaftsminister: Politik und Gesellschaft sollen sich auf Maßnahmen und Subventionen einigen  
Aus Berlin **Bernhard Pötter**

Mit einem großen grünen Gesellschaftsvertrag will Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) den Klimaschutz in Deutschland voranbringen. In einer "Charta für Klimaneutralität und Wirtschaftskraft" sollen nach seinen Vorschlägen noch vor dem Beginn des Wahlkampfs ab 2021 Bundestag und Bundesrat konkrete jährliche Reduktionsziele und Maßnahmen beschließen, die das Ziel, den Weg und die staatlichen Hilfen zur "Klimaneutralität" von 2022 bis 2050 konkret festschreiben. "Klimaschutz ist die zentrale Aufgabe unserer Generation", sagte Altmaier, als er am Freitag seinen überraschenden Vorschlag präsentierte. Der ist allerdings weder in der Regierung noch mit der Unionsfraktion abgestimmt.

Altmaier schwebt zum Klima ein gesellschaftlicher Friedensvertrag wie beim Atomausstieg vor. Er gibt zu, die Regierung Merkel habe dabei Fehler gemacht. Nun will er gegensteuern, ehe Wahlkampf und Regierungsbildung für Verzögerung sorgen: "Erreichung der Klimaziele und Erhaltung der Wirtschaftskraft" sollten als "vorrangige Ziele" festgelegt werden, für die "die staatlichen Stellen alle notwendigen und geeigneten Maßnahmen" umsetzen sollten: Ein bestimmter Anteil des Wirtschaftsprodukts solle dafür reserviert werden, Bund, Länder und Kommunen bis 2035 selbst klimaneutral sein, Unternehmen Hilfen bei der Umstellung auf Öko-Techniken bekommen.

Das neue **Erneuerbare-Energien**-Gesetz, der Emissionshandel von EU und Bundesrepublik müssten an die neuen Klimaziele angepasst werden, die gerade in Brüssel verhandelt werden - ob Deutschland dabei mehr leisten werde, ließ er offen. Stattdessen ließ er Ideen regnen: CO<sub>2</sub>-Zölle als Schutz vor Umweltdumping; ein Siegel "Clean Products made in Germany", eine Stiftung "Klima und Wirtschaft", ein "Haus der **Energiewende**", eine EU-Agentur "climate global", eine "Klima-Universität" und ein "Klima- und Wirtschaftsrat" in seinem Ministerium.

Der Minister, der oft vor der Überlastung der Industrie durch Klimaschutz gewarnt hatte, erklärte seine plötzliche Ergrünung so: "Sehr viele Menschen setzen große Hoffnung in den Green Deal der EU." Auch hätten von ihm viele Unternehmen Klarheit gefordert, "wie viel CO<sub>2</sub> sie noch ausstoßen dürfen und welche Investitionen nötig sind".

Die für Klimapolitik zuständige Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) freute sich "auf den neuen Rückenwind. Hätte es dieses Bekenntnis schon vor zwei Jahren gegeben, hätten wir uns so manchen überflüssigen Streit über mein Klimaschutzgesetz, den CO<sub>2</sub>-Preis oder über Wind-Abstandsregeln sparen können." Beim neuen EEG könne Altmaier seinen Worten Taten folgen lassen. Bundestag und Bundesrat hätten das Klimaschutzgesetz und das Pariser Abkommen beschlossen - "eine eindrucksvollere Charta für den Klimaschutz kann es kaum geben", so Schulze.



*Rückenwind für Klimaschutz verspricht Wirtschaftsminister Altmaier Paul Langrock/Zenit*

*Bernhard Pötter*

**Quelle:** taz.die tageszeitung vom 12.09.2020, Seite 6

**Dokumentnummer:** T20201209.5711027

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/TAZ\\_eb0f6d06944af4471168e502880e0d0f4d4a0d32](https://www.wiso-net.de/document/TAZ_eb0f6d06944af4471168e502880e0d0f4d4a0d32)

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

**GENIOS** © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH